

---

## 4. Soziale Entwicklung

Catherine Schümperli Younossian

---



**Electronic version**

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/842>  
ISSN: 1663-9677

**Publisher**

Institut de hautes études internationales et du développement

**Printed version**

Date of publication: 1 avril 2001  
Number of pages: 241-262  
ISSN: 1660-5926

**Electronic reference**

Catherine Schümperli Younossian, « 4. Soziale Entwicklung », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 20 | 2001, Online erschienen am: 02 September 2012, abgerufen am 07 Mai 2019. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/842>

---


## 4. SOZIALE ENTWICKLUNG

### 4.1. BEIJING + 5 – FRAUEN IM JAHR 2000

*Die Vertreter von 189 Ländern verabschiedeten auf der vierten Weltfrauenkonferenz (4.–15. September 1995) die Erklärung von Beijing und das Aktionsprogramm. Im Programm zeigt sich das neue internationale Engagement für die Ziele Gleichbehandlung, Entwicklung und Frieden für alle Frauen der Welt. Fünf Jahre später tagte in New York vom 5. bis zum 10. Juni 2000 die ausserordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Titel « Women 2000 – Gender Equality, Development and Peace for the 21<sup>st</sup> Century » (Frauen 2000 – Gleichheit, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert). Die Konferenz bot Gelegenheit, die Umsetzung des Aktionsprogramms auszuwerten und neue Initiativen zu definieren. Die Verhandlungen stellten sich als äusserst schwierig heraus. Am Ende konnte ein Schlusssdokument ohne Abstimmung genehmigt werden, während mehrere Staaten Vorbehalte zur Formulierung bestimmter Textpassagen äusserten.*

Im letzten Vierteljahrhundert hatten die Vereinten Nationen vier Weltfrauenkonferenzen<sup>1</sup> ausgerichtet, welche die Frage der Gleichbehandlung der Geschlechter in den Mittelpunkt der globalen politischen Agenda rückten und die internationale Gemeinschaft geschlossen um einen gemeinsamen Zielkatalog scharten.

Das Aktionsprogramm von Beijing zeigt zwölf kritische Bereiche der Diskriminierung von Frauen auf, in denen die Regierungen und die Zivilgesellschaft konkret handeln müssen 1. Armut, 2. Erziehung und Ausbildung, 3. Gesundheit, 4. Gewalt, 5. Bewaffnete Konflikte, 6. Wirtschaft, 7. Beschlussfassung, 8. Institutionelle Mechanismen, 9. Menschenrechte der Frauen, 10. Medien, 11. Umwelt, 12. Mädchen im Kindesalter.

 **JSDW 1996**, Vierte Weltfrauenkonferenz – Peking – 1995, S. 67–75.

#### Beijing + 5

*Ort und Zeitpunkt*

Die Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, unter dem Titel « Women 2000 – Gender Equality, Development and Peace for the 21<sup>st</sup> Century », wurde vom 5. bis zum 10. Juni 2000 in New York abgehalten.

*Andere Bezeichnung*

Beijing + 5.

1. Die erste Konferenz über die Stellung der Frauen tagte 1975 in Mexiko und führte insbesondere die UN-Dekade für Frauen ein (1976–1985); in jenes Jahrzehnt fiel 1979 die Annahme des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (die Schweiz hat das Übereinkommen 1987 unterzeichnet und 1997 ratifiziert). Anschliessend versammelte sich die internationale Staatengemeinschaft zu drei weiteren Anlässen zwecks Ausgestaltung von Strategien und Aktionsplänen im Interesse der Frauen (1980 – Kopenhagen, 1985 – Nairobi, 1995 – Beijing).

<i>Ziele des Gipfels</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>❑ Die anlässlich des Weltfrauengipfels eingegangenen Verpflichtungen bekräftigen;</li> <li>❑ Die Umsetzung des Aktionsprogramms von Beijing bewerten;</li> <li>❑ Zusätzliche Massnahmen festlegen, um die Verwirklichung der Gleichbehandlung der Geschlechter, der Entwicklung und der Aktionskompetenz der Frauen zu beschleunigen.</li> </ul>
<i>Annahme von Dokumenten</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>❑ Politische Erklärung;</li> <li>❑ Schlussdokument unter dem Titel «Further Actions and Initiatives to implement the Beijing Declaration and Platform Actions» (Weitere Aktionen und Initiativen zur Umsetzung der Erklärung und der Plattform von Beijing).</li> </ul>
<i>Beteiligung</i>	Auf der Konferenz versammelten sich über 2000 Regierungsdelegierte der 188 Mitgliedsstaaten sowie 2000 Vertreter von NRO. Der Anteil der Frauen war mit 75% der Delegierten sehr hoch.
<i>Schweizerische Delegation</i>	<p>Die schweizerische Delegation wurde von Patrizia Schulz, Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau (EBG), geleitet.</p> <p>Zur Delegation gehörten Vertreter des Departements für auswärtige Angelegenheiten (DEZA, PD IV), des Departements des Innern (EBG) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco). Ausserdem zählten zwei NRO-Vertreterinnen zu den Delegationsmitgliedern (NRO-Koordination post Beijing Schweiz und Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke).</p>

### ❑ *Beijing + 5*

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen trat als Mechanismus im Folgeprozess des Weltfrauengipfels (Beijing, 1995) zu einer Sondertagung zusammen, um nach fünf Jahren das Aktionsprogramm der Konferenz von 1995 zu untersuchen. Die Konferenz tagte vom 5. bis zum 9. Juni unter dem Motto «Women 2000 – Gender Equality, Development and Peace for the 21<sup>st</sup> Century» in New York. Die Sondertagung, auch unter der Bezeichnung «Beijing + 5» bekannt, befasste sich überwiegend mit der Evaluation der Massnahmen der letzten fünf Jahre und mit den neuen Herausforderungen, die sich Frauen stellen. Zudem wurden neue Aktionen und Initiativen, die eine echte Gleichbehandlung von Männern und Frauen herbeizuführen sollen, erörtert. Die Vorarbeiten wurden von der UNO-Kommission für die Situation der Frauen<sup>2</sup>, die als Vorbereitungsausschuss (PrepCom) fungierte, geleistet. Bereits zu dem Zeitpunkt stiessen die Diskussionen auf Probleme. Nach fünftägigen Aussprachen und harten Verhandlungen verabschiedeten die Regierungen schliesslich eine politische Erklärung, in der sie ihre Unterstützung für das Aktionsprogramm von Beijing bestätigen, und ein Abschlussdokument mit dem «Further Actions and Initiatives to implement the Beijing Declaration and Platform Actions»<sup>3</sup>. Die Regierungen räumten ein, dass die Beschlüsse der Vierten Weltfrauenkonferenz nicht umfassend eingehalten und verwirklicht wurden. Das Dokument wurde ohne Abstimmung angenommen. Mehrere Staaten äusserten Vorbehalte zur Formulierung bestimmter Textpassagen.

2. Internetseite der UNO-Kommission für die Situation der Frauen: [www.un.org/womenwatch/daw/csw/](http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/)

3. Die englische Fassung kann im Internet eingesehen werden: [www.un.org/womenwatch/](http://www.un.org/womenwatch/).

Die Zielsetzungen des Aktionsprogramms von Beijing wurden erneut bestätigt. Dazu gehört die Pflicht, bis 2015 allen Jungen und Mädchen Zugang zur Grundausbildung zu bieten. Ausserdem wird ein Termin für die Abschaffung diskriminierender Gesetze festgeschrieben: Sie müssen bis 2005 aus den nationalen Gesetzgebungen verschwinden.

#### □ *Annahme von Dokumenten durch die Sondertagung*

Das 44 Seiten starke Dokument, das zu Tagungsschluss angenommen wurde, bestätigt lückenlos alle Verpflichtungen des Beijinger Aktionsprogramms. Verschiedene Bestimmungen wurden nachdrücklicher formuliert; ausserdem wurden neue Massnahmen aufgenommen, namentlich zur Bekämpfung des Frauenhandels und der Gewalt gegen Frauen, zur Durchsetzung des Rechts der Frauen auf Gesundheit und auf einen uneingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, zur Förderung des Mitspracherechts der Frauen in Wirtschaft und Politik und zur vermehrten Beteiligung der Frauen an der Vorbeugung und Beilegung von Streitigkeiten. Weitere Beschlüsse sollten gewährleisten, dass die Frauen durch die Globalisierung nicht benachteiligt werden, sondern davon profitieren.

Die Verhandlungen spielten sich in einer von Misstrauen geprägten Atmosphäre ab. Zwei Fronten standen einander gegenüber. Einige wenige Delegationen (Algerien, Sudan, Iran, Ägypten, Libyen, Pakistan) – in verschiedenen Punkten von anderen Ländern (Nicaragua, Vatikan, Polen) unterstützt – versuchten die Arbeiten zu den Fragen Familie, sexuelle und reproduktive Rechte (z.B. Abtreibung) sowie über die sexuelle Orientierung zu stoppen. Neu war, dass der Widerstand sich auch gegen andere Themen wie Elternurlaub, Identität und Rolle der Frauen, internationale Kontrollmechanismen und Beteiligung der NRO richtete. Die Delegationen der JUZCANZ<sup>4</sup> und der Europäischen Union schlugen ihrerseits einen Massnahmenkatalog für eine selbst bestimmte Sexualität vor. Die Verhandlungen wurden überdies auch durch die Position Kubas und Iraks erschwert: Sie forderten Schritte in Bezug auf Wirtschaftssanktionen und einseitige Massnahmen, ausländische Besetzung und Anti-Personenminen. Vor diesem Hintergrund formulierten die Länder des südlichen Afrika, einige lateinamerikanische Länder sowie die CARICOM-Staaten (Karibikraum) verschiedene Kompromissvorschläge, welche die Priorität der Entwicklungsländer – Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen – und jene der Länder des Nordens – Menschenrechte der Frauen – miteinander vereinbaren. Dank dieser Kompromissvorschläge konnte der Stillstand überwunden werden: Drei Tage vor Ende der Sondertagung waren rund drei Viertel des Dokuments noch immer nicht abschliessend behandelt worden. Die Spannung spitzte sich derart zu, dass mehrere Staaten (darunter die Schweiz) sich mit dem Gedanken trugen, nur die politische Erklärung zu unterstützen, falls das Abschlussdokument hinter jenes von Beijing zurückfallen sollte.

#### *Politische Erklärung*

Mit der Annahme der politischen Erklärung bekräftigen die Staaten die Verpflichtungen des Weltfrauengipfels von Peking im Jahr 1995. Sie anerkennen

4. Diese Gruppe umfasst die Schweiz, Japan, die USA, Kanada, Australien, Norwegen, Neuseeland, Liechtenstein und Korea.



damit ihre Verantwortung für die nationale Umsetzung des Aktionsplans sowie die Schlüsselrolle der internationalen Zusammenarbeit und bestätigen ihr Engagement, 0,7% des BSP der Entwicklungshilfe zu widmen. Ausserdem streben sie die universale Ratifizierung des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau an. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Rolle der Männer bei der Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter werden ebenfalls hervorgehoben. Schliesslich einigte man sich darauf, im Jahr 2005 eine Evaluationskonferenz über die Fortschritte bei der Durchführung des Beijinger Aktionsprogramms auszurichten (Beijing + 10).

### *Schlussdokument*

Das Schlussdokument gliedert sich in vier Teile:

- ❑ Allgemeine Einführung: Die Staaten wiederholen ihre Unterstützung für das Aktionsprogramm von Beijing;
- ❑ Auswertung: Hindernisse und die Leistungen in den zwölf wesentlichen Kapiteln des Aktionsprogramms. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Themen Gesundheit, Gewalt und bewaffnete Konflikte;
- ❑ Herausforderungen: Ausbreitung von HIV/AIDS, Globalisierung, rückläufige öffentliche Entwicklungshilfe, Migrationsströme, Frauenhandel, Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit auf Frauen und Männer;
- ❑ Inventar der ergänzenden Massnahmen zum Aktionsprogramm in den Bereichen Menschenrechte, Gewalt, Frauenhandel, Gesundheit, Globalisierung und Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen. Dabei sind folgende Neuerungen zu erwähnen: die Behandlung von «Ehrverbrechen» und Zwangsheirat als Menschenrechtsverletzungen; der Appell für eine bessere Bekanntmachung der Satzungsbestimmungen des Internationalen Strafgerichtshofs zu Sexualverbrechen; der Aufruf, Strategien zur Bekämpfung des Frauenhandels auszuarbeiten; die Aufforderung, das Personal internationaler Organisationen vor allem für friedenssichernde und Verhandlungsmissionen nach paritätischen Kriterien einzustellen, sowie der Appell, Politiken und Programme zum Schutz des Kindes in bewaffneten Konflikten zu entwickeln.

### ❑ *Position der Schweiz und nationaler Aktionsplan*

Die Schweiz<sup>5</sup> bestätigte in ihren Wortmeldungen die vorbehaltlose Unterstützung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Beijing und äusserte gleichzeitig ihre Sorge, die schwierigen Verhandlungen könnten die Einhaltung der 1995 eingegangenen Verpflichtungen beeinträchtigen. Die schweizerische Delegation sprach sich vor allem für Folgendes aus: grundlegende IAO-Arbeitsnormen, breite Definition des Frauenhandels, Schutz und die Reintegration der Opfer, sexuelle Selbstbestimmung der Frau, Ratifizierung der Satzung des internationalen Strafgerichtshofs, Schutz der Menschenrechtsaktivisten, Beteiligung an der Beschlussfassung – vor allem in der Konfliktvorbeugung und -beilegung –, Verbot des Wehrdiensteinzugs für Jugendliche unter 18 Jahren und Verringerung der Schulden der ärmsten Länder. Die Schweiz stellte mit Genugtuung fest, dass letztendlich ein Dokument verabschiedet werden konnte, bedauerte jedoch die

5. Die Schweiz war an den Vorbereitungssitzungen (PrepCom) vollberechtigt und an der ausserordentlichen Versammlung mit Beobachterstatus beteiligt.

Schwierigkeiten der Arbeiten, die grösstenteils auf die Opposition einiger Länder zurückgehen. Ausserdem vermisst die Schweiz im Abschlussdokument ausreichende Umsetzungs-Kontrollmechanismen (Fristen, messbare Ziele usw.), welche eine genauere Einschätzung der Fortschritte in fünf Jahren erlauben würden.

### **Gleichbehandlung von Frauen und Männern – Aktionsplan der Schweiz**

Anlässlich der UNO-Weltkonferenz über Frauen (Beijing, 1995) verabschiedeten die Regierungen ein Aktionsprogramm mit einer Liste der Bereiche, in denen Frauen nach wie vor diskriminiert wurden, sowie mit einem Katalog von Zielen und Massnahmen. Die Staaten sind durch die Annahme des Textes zwar nicht rechtlich gebunden, aber sie engagieren sich moralisch und politisch für die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans mit konkreten Zielsetzungen und entsprechenden Verwirklichungsfristen für jeden Bereich.

Im Februar 1996 setzte der Bundesrat eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein, welche die Massnahmen der «Pekinger Plattform» in der Schweiz durchführen soll. In dieser Gruppe unter der Leitung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau waren 15 Bundesstellen vertreten. Rund fünfzig Nichtregierungsorganisationen (NRO) wirkten an der Erstellung des schweizerischen Aktionsplans mit. Hauptpartner der interdepartementalen Arbeitsgruppe ist die NRO-Koordination post Peking<sup>6</sup>, der verschiedene NRO angehören, die sich mit der Realisierung der Pekinger Plattform befassen. Am 1. März 1999 verabschiedete der Bundesrat den Aktionsplan der Schweiz für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

#### *Aktionsplan der Schweiz*

Der nationale Aktionsplan umfasst 15 vorrangige Massnahmen zu den Hauptthemen der schweizerischen Gleichstellungspolitik sowie über 250 weitere Massnahmen. Mit dem Aktionsplan sollen die Bemühungen um Anerkennung und Anwendung sämtlicher grundlegenden Frauenrechten fortgesetzt und vertieft werden (Förderung des gleichwertigen Zugangs und der vollen Partizipation der Frauen auf allen Macht- und Entscheidungsstufen, Verwirklichung der Gleichstellung im Beruf, Entwicklung von Präventions- und Interventionsprogrammen gegen Gewalt gegen Frauen, Chancengleichheit und Bewertungsgleichheit in Erziehung und Ausbildung). Ausserdem sollten nach Geschlechtern aufgeschlüsselte quantitative Statistiken erhoben, untersucht und verbreitet werden. Die Medien werden zu einer klischeefreien und gleichstellungsorientierten Berichterstattung aufgerufen.

Der Aktionsplan vermittelt einen Überblick über den Aktionsradius der Gleichstellungspolitik und verdeutlicht, dass die Durchführung die Zusammenarbeit zwischen Bundesbehörden und vielen weiteren Akteuren – Kantons- und Gemeindebehörden, öffentlichen und privaten Institutionen und den übrigen Partnern in der Gesellschaft (Universitäten, Medien und NRO) – voraussetzt.

#### *Bericht der NRO über den Aktionsplan der Schweiz*

Die Koordination der NRO für den Folgeprozess von Beijing veröffentlichte einen Bericht über den Aktionsplan der Schweiz. Der Bericht soll Frauenorganisationen als Arbeitsinstrument für ihre politische Aktion dienen, damit den Worten Taten folgen. Er übernimmt die Gliederung des schweizerischen Aktionsplans und präsentiert eine Auswahl wichtiger Massnahmen sowie kritische, auf die alltäglichen Erlebnisse der Frauen gestützte Kommentare.

#### Quelle

Bericht der NRO-Koordination post Beijing, *Bericht der NRO über den Schweizerischen Aktionsplan 2000*.

Interdepartementale Arbeitsgruppe – Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing, *Gleichstellung von Frau und Mann – Aktionsplan der Schweiz*, Eidgenössisches Büro für Gleichstellung von Frau und Mann, Bern, Juni 1999.

6. [www.postbeijing.ch](http://www.postbeijing.ch).

Der Aktionsplan der Schweiz (französisch, deutsch, italienisch) kann gratis bezogen werden bei: Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale EDMZ, 3003 Bern, Tel. 031/325 50 50, Fax 031 325 50 58, [www.admin.ch/edmoz](http://www.admin.ch/edmoz) (bitte Bestellnummer angeben: 301.925f, 301.925d et 301.925i).

Der Bericht der NRO über den Schweizerischen Aktionsplan (deutsch, französisch) kann bestellt werden bei: NRO-Koordination post Beijing Schweiz, c/o Geographisches Institut Universität Bern, zu Händen von Frau Claudia Michel, Hallerstrasse 12, 3012 Bern. Internet-Site der NRO-Koordination post Beijing: [www.postbeijing.ch](http://www.postbeijing.ch)

---

## QUELLEN

Vereinte Nationen, *Report of the Ad Hoc Committee of the Whole of the twenty-third special session of the General Assembly*, (A/S-23/10), New York, Juni 2000.

Vereinte Nationen, *Beijing + 5: General Assembly reaffirms Commitment to 1995 Beijing Conference Goals, as « Women 2000 » Special Session concludes at the Headquarters*, Pressemitteilung vom 10. Juni 2000 (GA/9725).

Earth Negotiation Bulletin, *Summary of the 23rd Special Session of the General Assembly (Beijing + 5)*, Vol. 14, Nr. 46, ([www.iisd.ca/4wcw/Beijing+5/](http://www.iisd.ca/4wcw/Beijing+5/)).

Interdepartementale Arbeitsgruppe – Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing, *Gleichstellung von Frau und Mann – Aktionsplan der Schweiz*, Eidgenössisches Büro für Gleichstellung von Frau und Mann, Bern, Juni 1999.

J. Bisilliat et C. Verschuur, *Le genre: un outil nécessaire*, Cahiers genre et développement, n° 1, L'Harmattan, Paris, 2000.

## INTERNET-ADRESSEN

Portal der Vereinten Nationen für Sites über Frauen: [www.un.org/womenwatch/](http://www.un.org/womenwatch/)

Offizielle Site der Konferenz Beijing + 5: [www.un.org/womenwatch/followup/beijing5/index.html](http://www.un.org/womenwatch/followup/beijing5/index.html)

Site der Koordination der schweizerischen NRO: [www.postbeijing.ch](http://www.postbeijing.ch)

## 4.2. WELTGIPFEL FÜR SOZIALE ENTWICKLUNG

*Im März 1995 wurde in Kopenhagen (Dänemark) der erste Weltgipfel für soziale Entwicklung abgehalten. Der Gipfel führte zur Annahme einer politischen Erklärung mit zehn Verpflichtungen und eines Aktionsprogramms in hundert Absätzen, welche die Strategien zur Umsetzung der Verpflichtungen definieren. Die Hauptverpflichtungen betreffen die Beseitigung der Armut, die Verwirklichung der Vollbeschäftigung und die Stärkung der sozialen Integration. Die ausserordentliche Tagung der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Kopenhagener Verpflichtungen fand auf Einladung der Schweiz im Juni 2000 in Genf statt. Die Bilanz der internationalen Versammlung – auch als « Kopenhagen + 5 » oder « Geneva 2000 » bekannt – fällt gemischt aus. Die Sondertagung verabschiedete zum Abschluss eine politische Erklärung, welche die in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen erneut bestätigt. Allerdings wurden die meisten im Rahmen des Aktionsplans zur Förderung der sozialen Entwicklung ausgehandelten innovativen Vorschläge im Zuge der Verhandlungen abgelehnt oder verwässert.*

■ JSDW 1996, Weltgipfel für soziale Entwicklung 1995, S. 61–67.

### □ Kopenhagen + 5 oder Geneva 2000

Fünf Jahre nach dem Kopenhagener Sozialgipfel sollte in Genf Bilanz gezogen werden. 188 UNO-Mitglieder und andere Staaten mit Beobachterstatus (die Schweiz und der Vatikan) beteiligten sich an der Sondertagung der Vereinten Nationen zur Auswertung der Umsetzung der am Gipfel für soziale Entwicklung (Kopenhagen, März 1995) gefassten Beschlüsse. Ausnahmsweise und auf Einla-

derung der schweizerischen Regierung fand die Konferenz nicht am Sitz der Vereinten Nationen in New York, sondern in Genf statt. Ziel der auch als «Kopenhagen + 5» oder «Geneva 2000» bezeichneten Konferenz war, den Stand der Umsetzung der Kopenhagener Erklärung und des Aktionsprogramms zu untersuchen und angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung neue Ansätze zur Zielerreichung aufzuzeigen.

Im Rahmen der Vorarbeiten für «Geneva 2000» setzte die UNO-Generalversammlung 1997 einen Vorbereitungsausschuss (PrepCom) ein, der vor der Genfer Veranstaltung sechsmal tagte. Die Vorbereitungssitzungen des Ausschusses unter der Leitung des chilenischen Botschafters Christian Maquieira sollten die Verhandlungen zu den drei Genf-Dokumenten, die in Genf verabschiedet werden sollten, vorantreiben und ein Inventar an neuen Vorschlägen erstellen.

### Weltgipfel für soziale Entwicklung

<i>Ort und Zeitpunkt</i>	Der Weltgipfel für soziale Entwicklung, eine Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wurde vom 26. Juni bis zum 1. Juli 2000 in Genf durchgeführt.
<i>Andere Bezeichnung</i>	Kopenhagen + 5 oder Geneva 2000.
<i>Ziele des Gipfels</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>❑ Die anlässlich des Kopenhagener Sozialgipfels eingegangenen Verpflichtungen bekräftigen und die Strategien bestätigen;</li> <li>❑ Bilanz der geleisteten Fortschritte ziehen und sie erneut bestätigen;</li> <li>❑ Weitere Initiativen zur Beschleunigung der gerechten sozialen Entwicklung ergreifen.</li> </ul>
<i>Annahme von Dokumenten</i>	Die ausserordentliche Generalversammlung verabschiedete drei Dokumente: eine politische Erklärung, eine Auswertung des Kopenhagener Folgeprozesses und einen Aktionsplan.
<i>Beteiligung</i>	An der Konferenz beteiligten sich über 4800 Regierungsdelegierte als Vertreter der 188 Mitgliedsstaaten sowie 2000 Vertreter von NRO. 35 Staats- und Regierungschefs nahmen am Gipfel teil.
<i>Schweizerische Delegation</i>	Die schweizerische Delegation wurde von Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, angeführt. Die Delegation bestand aus Vertretern des seco, des Departements für auswärtige Angelegenheiten (DEZA, PD III) und des Departements des Innern. Ausserdem gehörten Vertreter des Kantons Genf sowie NRO-Vertreter zu den Delegationsmitgliedern.

#### ❑ Annahme von Dokumenten durch die Sondertagung

Die in Genf verabschiedete Erklärung umfasst drei Kapitel<sup>7</sup>:

- ❑ Politische Erklärung (Erneuerung der Engagements zur Umsetzung der Erklärung von Kopenhagen) und Aktionsprogramm;

7. Diese Dokumente sind am Internet-Site der Sonderversammlung verfügbar: [www.un.org/esa/socdev/geneva2000/index.html](http://www.un.org/esa/socdev/geneva2000/index.html).

- ❑ Bericht über die Verwirklichung der auf dem Kopenhagener Gipfel übernommenen Verpflichtungen und eine Auswertung der Umsetzung;
- ❑ Aktionsplan mit Vorschlägen für neue Initiativen.

### *Politische Erklärung (Teil I)*

Zum Abschluss der Sondertagung wurde eine Erklärung angenommen, welche die in Kopenhagen vereinbarten Grundsätze bekräftigt. Über drei Punkte wurde in Genf bis zum Konferenzende intensiv verhandelt: über den Verweis auf die grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer, das Schuldenproblem der Entwicklungsländer und die Reform der internationalen Finanzinstitutionen.

Die definitive Textfassung unterstreicht das Potenzial der wirtschaftlichen Globalisierung und der technologischen Fortschritte, weist aber auch auf gravierende Probleme der neuen Entwicklungen hin: Häufung von Finanzkrisen, Unsicherheit, Armut, Ausgrenzung, Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft und unter den Nationen. Angesichts dieses Fazits wiederholen die Regierungen ihren Willen, die Armut zu beseitigen sowie die Vollbeschäftigung und die soziale Integration voranzutreiben. Als vorrangige Themen werden in den zehn Absätzen der Erklärung insbesondere die Achtung der Regeln der Demokratie, der Menschenrechte, der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, der grundlegenden Rechte bei der Arbeit und der Rechtsstaatlichkeit behandelt. Der Text fordert eine gerechtere Aufteilung der Früchte des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von offenen und für alle fairen internationalen Handelsregeln. Er appelliert an die Staaten und an das internationale System, sich vor allem in Afrika und in den am wenigsten fortgeschrittenen Ländern kollektiv und koordiniert für die soziale Entwicklung einzusetzen. Die Regierungen der Industrieländer werden aufgerufen, 0,7% des BSP für öffentliche Entwicklungshilfe einzusetzen. Die Staaten bekräftigen ihr Engagement, das Problem der Auslandsschulden zu lösen und die erforderlichen Reformen zur Schaffung eines stärkeren und stabileren internationalen Finanzsystems einzuleiten. Schliesslich wiederholen sie ihre Verpflichtungen in Sachen Zugang zu Ausbildung und Gesundheitsdiensten und betonen ihre Absicht, gegen Missstände vorzugehen, welche Gesundheit, Frieden, Sicherheit und Wohlergehen der Völker ernsthaft gefährden.

### *Prüfung und Auswertung des Folgeprozesses des Weltgipfels (Teil II)*

Der zweite Teil beinhaltet eine Auswertung des Folgeprozesses des Kopenhagener Sozialgipfels. Es wird darauf hingewiesen, dass sowohl die internationale als auch die nationale Politik der sozialen Entwicklung eine grössere Bedeutung beigemessen wird. Die Überprüfung und Auswertung des Folgeprozesses nach dem Gipfel zeigen, dass die Länder eine Vielzahl von neuen politischen Programmen eingeleitet haben; doch der Text betont auch, dass die angewandten Massnahmen die Zuspitzung der Ungleichheiten innerhalb und unter den Staaten nicht verhindern konnten.

### *Vorstösse und neue Initiativen (Teil III)*

Der dritte Teil der Erklärung von Genf umfasst eine Reihe neuer Initiativen zur Förderung der sozialen Entwicklung. Er greift die zehn Verpflichtungen von Kopenhagen auf und formuliert innovative Vorschläge zur Verwirklichung der sozialen Entwicklung. Um einige der 129 Absätze wurde erbittert gerungen. Ein

Konsens erwies sich zu verschiedenen Punkten als schwierig, und einige «neue Ideen» wurden verworfen (z.B. die multilaterale Initiative, Global Compact und die Finanztransaktionsabgabe, siehe unten). Es folgt eine Auswahl der besonders kontroversen Themen (keine Auflistung sämtlicher Diskussionspunkte).

□ *Multilaterale Initiative – Vorschlag der Schweiz*

Zu den neuen Initiativen gehörte der Vorschlag der Schweiz, eine multilaterale Initiative zur Mobilisierung der Regierungen, der IAO, der Weltbank, des IWF, der WTO, der UNCTAD, der übrigen betroffenen internationalen Organisationen sowie der Zivilgesellschaft zu erarbeiten. Gegenstand der Initiative sollten gemeinsame Studien zu den Themen Globalisierung, Entwicklung, Armut und Arbeitsnormen und die Erstellung eines gemeinsamen Analyserahmens zwecks Information der Aufsichtsorgane der Teilnehmerorganisationen sein. Die Initiative beruhte auf einem Vorschlag des IAO-Generaldirektors anlässlich der WTO-Ministerkonferenz von Seattle. Der Vorschlag lag zwar bis zur allerletzten Minute auf dem Verhandlungstisch, wurde aber schliesslich abgelehnt. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten unterstützten den schweizerischen Vorschlag; einige Entwicklungsländer wie Ägypten, Pakistan, Indien und Libyen jedoch sprachen sich dagegen aus. Die Einheit in der G77 wurde in dieser Frage durchbrochen, da einige südamerikanische Staaten (Chile, Argentinien, Brasilien) sowie Südafrika und Namibia Interesse an der Initiative bekundet hatten.

□ *The Global Compact – Vorschlag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.* Zum Vorschlag von Kofi Annan, in den nächsten Jahren ein Verfahren zur Entwicklung von Leitlinien für soziale Verantwortung der Unternehmen einzuleiten (The Global Compact<sup>8</sup>), kam keine Einigung zustande. Der einschlägige Absatz wurde deshalb gestrichen.

□ *Zugang zu Medikamenten*

Die Verhandlungen zum Absatz über das geistige Eigentumsrecht und den kostengünstigen Arzneimittelzugang für Entwicklungsländer (vor allem für Länder, die von AIDS besonders stark betroffen sind) erwiesen sich als schwierig und standen ein paar Stunden lang sogar völlig still. Die Länder der G77 forderten eine Lockerung des Abkommens über das geistige Eigentum (TRIPS) in der Produktion von (wesentlichen und für die AIDS-Therapie notwendigen) Medikamenten. Solche Medikamente sollen zu einem erschwinglichen Preis erhältlich sein. Die Länder des Nordens sprachen sich gegen den Vorschlag aus und argumentierten mit der wichtigen Rolle der Patente für die medizinische Forschung. Ein Kompromiss zeichnete sich ab, als die Verhandlungsparteien anerkannten, dass die Rechte am geistigen Eigentum sowohl den Interessen der Verbraucher als auch der Pharmaunternehmen dienen sollten.

□ *Finanzierung der Armutsbekämpfung*

Die Frage der Finanzierung der sozialen Entwicklung kam in verschiedener Form wieder aufs Tapet. Die Staaten betonten ihren Willen, die Vorgabe von 0,7% des BSP zugunsten der öffentlichen Entwicklungshilfe zu erreichen. Auf Vorschlag der G77 stimmten sie der Schaffung eines Globalen Solida-

8. Für weitere Informationen zum Vorschlag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen: [www.unglobalcompact.org/](http://www.unglobalcompact.org/).



ritätsfonds zu, der durch freiwillige Beiträge gespiesen wird und die Armut in den am stärksten benachteiligten Regionen der Welt beseitigen helfen soll.

□ *Tobin-Tax*

Die Tobin-Steuer (Finanztransaktionsabgabe) gehörte in Genf zu den Hauptstreitpunkten. Die Länder des Südens begrüßen insgesamt die globale Steuer, deren Erlös in die öffentliche Entwicklungshilfe fliessen sollte. Bei den Industrieländern fand jedoch der von Kanada vorgebrachte Vorschlag keinen Anklang. Belgien, Dänemark und die Niederlande äusserten Interesse, aber die Schweiz, Deutschland und Grossbritannien sprachen sich dagegen aus. Allerdings gab die Europäische Union während der Verhandlungen den Widerstand gegen die Schaffung einer Arbeitsgruppe, welche die Machbarkeit der Steuer untersuchen sollte, auf. Nach der kategorischen Ablehnung der Vereinigten Staaten und Japans beschränkt sich der Absatz, den die Versammlung schliesslich verabschiedete, auf die Untersuchung der Vor- und Nachteile neuer öffentlicher und privater Finanzierungsquellen für die soziale Entwicklung. In dieser Formulierung wird der Begriff Tobin-Tax nicht mehr gebraucht.

□ *Kampf gegen Geldwäscherei und Korruption*

Die Staaten appellierten an die internationale Gemeinschaft, alle Länder in ihren Bemühungen um den Ausbau der institutionellen Kapazitäten zur Bekämpfung der Korruption, der Geldwäscherei und der illegalen Mitteltransfers sowie zur Rückführung der Gelder in die Herkunftsländer zu unterstützen.

□ *Schulden*

Das Schuldenproblem der Entwicklungsländer kommt im Dokument mehrmals zur Sprache. Die internationale Gemeinschaft wird beauftragt, Lösungen aufzuzeigen. Als solche werden insbesondere die Verringerung bzw. Tilgung der Schulden genannt, vor allem durch eine zusätzliche Finanzierung zur Kölner Initiative. Die auf diese Weise verstärkte Kölner Initiative soll zügig umgesetzt werden, indem die Verschuldung der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) reduziert und die Kriterien für vom Schuldenproblem betroffene Länder auch auf Staaten mit mittlerem Einkommen ausgeweitet werden. Schliesslich wurde ein Schuldenmoratorium für Länder, die in einer Finanzkrise stecken, akzeptiert – eine der wenigen Konsenslösungen der Konferenz.

□ *Folgeprozess der Konferenz*

Die Staaten sahen davon ab, zu einer Folgekonferenz für 2005 (Kopenhagen + 10) einzuladen. Damit wird der Rhythmus der Konferenzen, zu denen sich die internationale Gemeinschaft alle fünf Jahre zwecks Evaluation der Durchführung der Verpflichtungen aus den Weltgipfeln trafen, durchbrochen. Die Staaten beschlossen indessen, den Ausschuss für soziale Entwicklung des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) mit dem Folgeprozess der Umsetzung der Engagements von Kopenhagen und Genf zu beauftragen.

□ *Position der Schweiz*

Auf Einladung der schweizerischen Regierung hielt die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre Sondertagung im Folgeprozess von Kopenhagen im

Juni 2000 in Genf ab. Der Bundesrat setzte sich aktiv für die Ausrichtung der Konferenz ein. Die Schweiz leistete einen Beitrag von 5 Millionen Franken an die Finanzierung der Konferenz, wozu 1 Million des Kantons Genf zu rechnen ist.

Die politischen Zielsetzungen der Schweiz wurden von Pascal Couchepin auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben. In Sachen internationale Koordinierung äusserte sich der Bundesrat zur multilateralen Initiative (siehe oben) sowie zu Leitlinien und «good practices» für die Sozialpolitik der internationalen Organisationen und der Regierungen (kohärente Politik und verstärkte Zusammenarbeit unter den internationalen Organisationen).

In der Beschäftigungsthematik unterstützte die Schweiz folgende Initiativen:

- ❑ Appell zur Ratifizierung des IAO-Übereinkommens über Mindestarbeitsnormen und zur Umsetzung der IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit.
- ❑ Ausgestaltung einer globalen Beschäftigungspolitik und deren Erörterung auf dem globalen Beschäftigungsforum der IAO im Jahr 2001.
- ❑ Förderung freiwilliger Initiativen des Privatsektors wie Labels und Verhaltenskodizes, Unterstützung für das Konzept eines «Global Compact».

In der Schuldenproblematik begrüsst die Schweiz die HIPC-Initiative im Rahmen der Bretton-Woods-Institutionen und die Bemühungen um einen Kompromiss bei der Erleichterung der Schuldenlast für die ärmsten oder am stärksten verschuldeten Länder.

Hinsichtlich der sozialen Integration schliesslich trug die Schweiz ihre Anliegen zu zwei spezifischen Aspekten vor: intensivere Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Ausbeutung von Frauen, Förderung des allgemeinen Zugangs zu den neuen Technologien.

### **Schweizerische Ratifizierung des Übereinkommens über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit durch die Schweiz**

Die Schweiz ratifizierte am 28. Juni 2000 am Rande des Sozialgipfels das IAO-Übereinkommen Nr. 182 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit. Die im Jahr 1999 von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Konvention verbietet die schlimmsten Formen der Kinderarbeit: Prostitution, Zwangsarbeit, Benutzung von Kindern für illegale Geschäfte, z.B. im Drogenhandel, Anwerbung der Kinder als Soldaten und alle gefährlichen Arbeitsformen. Das Übereinkommen ist ein Bestandteil der grundlegenden Arbeitsnormen, welche die Staaten im Folgeprozess von Kopenhagen ratifizieren sollen.

Im März 2000 sprach sich das schweizerische Parlament für die Annahme des Übereinkommens Nr. 182 und des Übereinkommens Nr. 144 über die Mechanismen der dreigliedrigen Beratungen aus. In einer Zeremonie im Beisein von 200 Kindern überreichte Bundesrat Couchepin dem IAA-Direktor die Ratifizierungsurkunden der beiden Übereinkommen.

 **JSDW 2000**, IAO-Verabschiedung eines Übereinkommens über das Verbot von Kinderarbeit in ihrer inakzeptabelsten Form, S. 203–204.

Quellen:

*Bericht und Botschaft über die von der Internationalen Arbeitskonferenz anlässlich ihrer 85., 86. und 87. Tagung 1997, 1998 und 1999 genehmigten Instrumente*, 20. September 1999, Botschaft 99.078

Pressemitteilung, *Schweiz erfüllt Forderung von Geneva 2000*, Staatssekretariat für Wirtschaft, 28. Juni 2000.



### □ *Position der schweizerischen Nichtregierungsorganisationen*

Die schweizerischen Nichtregierungsorganisationen unterbreiteten in der gemeinsamen Plattform mit dem Titel «*Plädoyer für eine sozialverträgliche Wirtschaftspolitik*»<sup>9</sup> ihre Bilanz zur Verwirklichung der Verpflichtungen von Kopenhagen und ihre Wünsche für die Konferenz von Genf.

In der Bilanz werden die sozialen Schwachstellen der neoliberalen Globalisierungspolitik des IWF, der WB und der WTO, welche sich als Haupthindernis für die Verwirklichung der Postulate von Kopenhagen erweisen, offen gelegt. Mit Blick auf den nationalen Kontext räumen die NRO ein, dass die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut abschneidet. Nichtsdestotrotz verweisen sie auf neue Erscheinungen wie die «working poor», die zunehmend prekäre Beschäftigung und die Verschärfung der Lohnungleichheiten.

Die NRO fordern von der Schweiz, sich für einen ökonomischen und sozialen Kurswechsel einzusetzen: durch eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Ziele soziale Gerechtigkeit und Achtung der Umwelt hin, durch die Annahme eines nationalen Aktionsplans, aus dem deutlich wird, wie sie die in der Verfassung verankerten Sozialziele umsetzt, und durch die Unterzeichnung der europäischen Sozialcharta. Auf internationaler Ebene rufen die NRO die schweizerische Regierung auf, die sozialen Folgen von Handel und Investitionen zu berücksichtigen, für eine Reform der WTO einzutreten und den Marktzugang im Norden für Produkte aus den am wenigsten fortgeschrittenen Ländern zu erleichtern. Ausserdem fordern sie eine Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte (z.B. Engagement für die Tobin-Tax) sowie zusätzliche Entschuldungsinitiativen.

### □ *Bilanz des Gipfels*

Im Laufe des Gipfels für soziale Entwicklung trat die nach wie vor existierende tiefe Kluft zwischen Norden und Süden einmal mehr klar zu Tage. In der Tagung der Generalversammlung flammten zahlreiche Divergenzen (vor allem zur Art der weltwirtschaftlichen Integration der Entwicklungsländer) wieder auf. Die Diskussion drehte sich erneut um die Achtung der grundlegenden Sozialnormen, ein Postulat der westlichen Länder, die auch auf der «good governance» beharren. Die Entwicklungsländer befürchten dahinter eine Spielart des Protektionismus. Zur Frage der Erleichterung bzw. des Erlasses der Schulden für die ärmsten Länder und zum Betrag der internationalen Hilfe wurde kein Engagement eingegangen. Die Konferenz sollte am Freitag, 30. Juni enden, aber wegen der Probleme bei den Kompromissbemühungen wurde eine Verlängerung beschlossen. Die Verhandlungen gingen am Samstag, 1. Juli zu Ende.

Auch die NRO beurteilten die Konferenz sehr negativ. In einer Pressemitteilung kritisierten die Hilfswerke<sup>10</sup>, dass die Regierung nicht willens waren, ihre sozia-

9. Folgende Organisationen stehen hinter dem Text: Entwicklungs-NRO (Arbeitsgemeinschaft Swissaid/ Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas), HEKS, SAH und die Fédération genevoise de coopération, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, Gewerkschaften (Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz) und der Schweizerische Berufsverband Soziale Arbeit. Der Text kann am Site der Arbeitsgemeinschaft eingesehen werden: [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch).

10. Pressemitteilung, *Sozialgipfel: Treten an Ort*, Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, Fédération genevoise de coopération au développement (FGC), Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), 30. Juni 2000. Siehe auch Bilanz der NRO-Vertreter der schwei-

len Verpflichtungen zu erfüllen. Jede neue Initiative, die auf dem Sozialgipfel zur Debatte stand, wurde hart umkämpft, bis schliesslich ein inhaltsloser Kompromiss vorlag. Die NRO bedauern, dass die Industrie- und die Entwicklungsländer sich nur in einem Punkt einig waren: Sie beschlossen, 2005 keine weitere Überprüfung der Resultate von Kopenhagen durchzuführen (Kopenhagen + 10). Damit werden die Abläufe der Sozialgipfel (Evaluation und Vorschläge zu neuen Massnahmen) abrupt abgebrochen.

#### ❑ *Veranstaltungen am Rande der offiziellen Konferenz*

##### ❑ *Forum «Geneva 2000»*

Am Rande der offiziellen Konferenz richtete die Schweiz das Forum «Geneva 2000» aus. NRO, der Privatsektor, Gewerkschaften, Parlamentarier, Forscher und Vertreter von Regierungen und internationalen Organisationen erhielten Gelegenheit zum Dialog zu den Themen des Sozialgipfels. Das Forum «Geneva 2000» wurde vom Bund organisiert und finanziert<sup>11</sup>.

##### ❑ *Alternativgipfel – 22. bis 25. Juni*

Der Alternativgipfel «Genève 2000» wurde von den Organisationen des Appells von Bangkok organisiert. In der Woche vor der offiziellen Konferenz versammelten sich 600 Vertreter von 200 sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen und NRO aus 65 Ländern aus allen Kontinenten (darunter Attac, Via Campesina oder Jubile 2000). Die Schlussresolution mit dem Titel «Wege für eine andere Welt aufzeichnen – Globalisieren wir unsere Widerstände» fasst die Überlegungen des internationalen Treffens zusammen<sup>12</sup>. Den Abschluss des Alternativgipfels bildete eine pazifistische Grossdemonstration (nach Angaben der Organisatoren 10'000 Personen) gegen die neoliberale Globalisierung.

##### ❑ *Aufstockung der öffentlichen Hilfe der Stadt Genf*

Einige Tage vor Konferenzbeginn kündigte die Stadt Genf, Gastgeberin des Sozialgipfels, eine Verdreifachung ihrer Entwicklungshilfe bis 2006 an. Der Jahresbetrag soll von 0,2% auf 0,7% des kommunalen Haushalts angehoben werden. 1999 gab Genf 1,6 Millionen Franken für die Entwicklungshilfe aus; sofern der Stadtrat grünes Licht gibt, soll der Betrag im Jahr 2001 aufgestockt werden.

#### ❑ *Berichte von internationalen Organisationen anlässlich des Sozialgipfels*

Anlässlich des «Geneva 2000»-Gipfels wurde eine Fülle von Berichten internationaler Organisationen veröffentlicht. Die Analysen und Schlussfolgerungen fallen je nach Autor sehr unterschiedlich aus (siehe Liste unten). Der Bericht mit dem Titel «2000 – Un meilleur monde pour tous» löste besonders scharfe Auseinandersetzungen aus.

zerischen Delegation auf der Site der Arbeitsgemeinschaft ([www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch)), *Erwartungen nicht erfüllt*, 4. Juli 2000.

11. Die Kongressakten sind erhältlich bei: Geneva 2000, Final Report: Geneva 2000 Forum, Dezember 2000.

12. Die Schlussklärung kann an folgendem Site eingesehen werden: [www.attac.org/geneve2000/](http://www.attac.org/geneve2000/).

- ❑ « 2000 - Un meilleur monde pour tous »

Am Eröffnungstag stellten die OECD, die Weltbank, der IWF und der UNO-Generalsekretär Kofi Annan den Text « 2000 – Un meilleur monde pour tous » (2000 – Eine bessere Welt für alle) vor. Der Bericht präsentiert die Armutsindikatoren und Strategievorschläge der Autoren zur Erreichung von sieben Zielen auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung, namentlich im Hinblick auf Gesundheit, Ausbildung und Umwelt. Nach Auffassung der NRO und verschiedener südlicher Länder hat sich die UNO von ihrer Neutralität abgekehrt, indem sie zusammen mit Organisationen, deren Aktionen (vor allem die Strukturanpassungspolitiken) Armut mit verursachen, den Bericht unterzeichnete. Sie sind der Auffassung, dass die OECD-Staaten, die den Marktzugang für die Produkte der südlichen Länder nicht verbesserten, die sich gegen Transfers im Rahmen der Entwicklungshilfe stemmten und den Schuldenerlass ablehnten, für die wachsende Armut auf dem Planeten eine besondere Verantwortung tragen. Nach Meinung der NRO bringt die Strategie der Armutsverringerung mittels grösserer wirtschaftlicher Öffnung den armen Ländern grösseren Schaden als Nutzen. Die ungebremsste Liberalisierung gilt als Ursache der zunehmenden Verwundbarkeit und Ausgrenzung und kann das Armutsproblem nicht lösen. Die sozialen Probleme der Industrieländer werden mit keinem Wort erwähnt. Das Dokument erörtert ausschliesslich die sozialen Probleme der am meisten benachteiligten Bewohner der Erde, jene der Industrieländer hingegen werden mit keinem Wort erwähnt. Zudem wird politischer Handlungsbedarf ausschliesslich auf Seiten der Entwicklungshilfe geortet.

- ❑ United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), *Visible Hands - Taking Responsibility for Social Development*, UNRISD, Genf, Juni 2000.

Die Autoren vertreten die Auffassung, dass blindes Vertrauen in die « unsichtbare Hand » (den Markt) Ungleichheiten in inakzeptablem Ausmass verursachen.

Das UNRISD gab rund 50 Studien zu den Politiken und institutionellen Reformen in Auftrag, die zur Schaffung der dem sozialen Fortschritt förderlichen Voraussetzungen notwendig sind. Diese Studien wurden in der Serie *Occasional Papers Geneva 2000* veröffentlicht. Für nähere Auskünfte: [www.unrisd.org](http://www.unrisd.org)

- ❑ Welthandelsorganisation, *Trade, Income Disparity and Poverty*, WTO, Genf, Juni 2000.

Nach der Studie des WTO-Sekretariats hilft die Handelsliberalisierung den armen Ländern, die reichen Länder einzuholen; die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums trage zur Milderung der Armut bei.

- ❑ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, *Overcoming human poverty*, UNDP, New York, April 2000. ([www.undp.org/povertyreport](http://www.undp.org/povertyreport)).

Laut dem UNDP-Bericht vermögen gute Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswachstum allein die Armut nicht zu verringern. Die Achtung der Menschenrechte, die « good governance » und das « empowerment » der Bevölkerungen sind zur Armutsbekämpfung unverzichtbar.

- ❑ *Donner effet à l'Initiative 20/20* (Die 20/20-Initiative umsetzen), gemeinsame Veröffentlichung von: Weltbank, UNFPA, WHO, UNDP, UNESCO und

UNICEF, September 1998.

Die Initiative 20/20 geht auf den Kopenhagener Gipfel zurück; sie fordert, durchschnittlich 20% des Staatshaushaltes der Entwicklungsländer und 20% der öffentlichen Entwicklungshilfe den sozialen Grunddienstleistungen zu widmen.

- Instituto del Tercer Mundo, *Social Watch 2000*, Nr. 4.

Die Initiative Social Watch wurde im Anschluss an den Kopenhagener Gipfel von Hunderten NRO aus der ganzen Welt gefördert und weiter entwickelt. Ziel ist, jährlich für jedes Land über die Fortschritte in den wesentlichen Sozialentwicklungsfragen zu berichten. Für die Redaktion der nationalen Kapitel ist jeweils eine NRO des betreffenden Landes, die zum internationalen Netzwerk Social Watch ([www.socialwatch.org](http://www.socialwatch.org)) gehört, zuständig.

- *Veröffentlichungen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit*

Aus der Serie «Entwicklungspolitische Schriften der DEZA» sollen an dieser Stelle zwei Veröffentlichungen genannt werden, die nach dem Kopenhagener Gipfel (Immita Cornaz, *Die soziale Entwicklung in den Nord-Süd-Beziehungen*, Entwicklungspolitische Schriften Nr. 1, DEZA, Bern, April 1997) bzw. vor dem Genfer Gipfel (*Von der Schwierigkeit, die Armut in der Welt zu beseitigen*, Entwicklungspolitische Schriften Nr. 3, DEZA, Bern, Mai 2000) erschienen sind. In der zweiten Veröffentlichung geht es vor allem um die Vision, die Kriterien und Ziele der DEZA in der Sozialentwicklung.

---

## Sozialentwicklung

- *Sozialentwicklung ist als Begriff der Armutsbekämpfung übergeordnet.* Sozialentwicklung umfasst vor allem auch die direkt machtbezogenen Tatbestände wie Demokratisierung, Dezentralisierung und die Herstellung bzw. Wahrnehmung der Menschenrechte. Sozialentwicklung ist deshalb auch wesentlich mehr als Aktivität in den sozialen Sektoren (Basisgesundheit, Erziehung usw.).
- *Sozialentwicklung ist Gesellschaftspolitik.* Sie zielt auf die Beseitigung der Ursachen von Armut und Ausgrenzung. Indem sie vor allem auch die Machtstruktur berücksichtigt und Machtdisparitäten abbauen möchte, zielt sie auf mehr als lediglich eine Reduktion der Einkommensarmut.
- *Nachhaltige Gesellschaftspolitik beruht auf dem «Empowerment» der bisher Benachteiligten.* Die Schaffung von neuen Rechtsansprüchen (verbunden mit sozialen Pflichten) und die Vermittlung von Fähigkeiten zu ihrer Wahrnehmung erzeugen den Druck «von unten», welcher zur Berücksichtigung der Stimme der Armen durch jegliche Regierung benötigt wird.
- *Sozialentwicklung zielt auf mehr soziale Gerechtigkeit und die Wahrnehmung der Menschenrechte.* Ohne soziale Gerechtigkeit, ohne Schliessung der aufklaffenden Verteilungsschere zwischen unterschiedlichen Staaten, Schichten, Geschlechtern und Volksgruppen gibt es weder Frieden noch politische und wirtschaftliche Stabilität.
- *Sozialentwicklung im globalen Ausmass stärkt den Frieden* und die internationale Stabilität durch den Abbau von Disparitäten zwischen unterschiedlichen Staaten und Gesellschaften.

Quelle: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, *Von der Schwierigkeit, die Armut in der Welt zu beseitigen*, Entwicklungspolitische Schriften Nr. 3, DEZA, Bern, Mai 2000.

---

## QUELLEN

24. Special Session of the United Nations General Assembly, « *Sommet mondial pour le développement social et au-delà: le développement social pour tous à l'heure de la mondialisation* », Abschlussdokument der Plenarversammlung, 1. Juli 2000. (Politische Erklärung – Prüfung und Auswertung der Folgemaßnahmen des Weltgipfels für soziale Entwicklung – Wortmeldungen und neue Initiativen). *La Vie économique, Revue de politique économique*, dossier « Geneva 2000 – La Conférence de suivi au Sommet social », 6/2000.
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, *Die soziale Entwicklung in den Nord-Süd-Beziehungen*, Immita Cornaz, Entwicklungspolitische Schriften Nr. 1, DEZA, Bern, April 1997.
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, *Von der Schwierigkeit, die Armut in der Welt zu beseitigen*, Entwicklungspolitische Schriften Nr. 3, DEZA, Bern, Mai 2000.
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, *DEZA-Politik für soziale Entwicklung*, Arbeitsdokument der DEZA 9-F/99, Bern, Dezember 1999.
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, *Arbeit gegen Armut*, Tagungsbeiträge und Dokumentation, 11. Mai 2000.
- Final Report, Geneva 2000, December 2000.
- Arbeitsgemeinschaft, « *Die Armut bekämpfen oder den Reichtum fördern* », eine kritische Bilanz aus der Sicht des Südens – Tagung der Arbeitsgemeinschaft vom 30. Mai 2000. Dokument Nr. 2, August 2000.

## INTERNET-ADRESSEN

Vereinte Nationen, Site über den Sozialgipfel + 5, Juni 2000:  
[www.un.org/esa/socdev/geneva2000/index.html](http://www.un.org/esa/socdev/geneva2000/index.html)  
Offizielle Site der Konferenz « Geneva 2000 »: [www.geneva2000.org](http://www.geneva2000.org)  
*Earth Negotiation Bulletin*: [www.iisd.ca/wssd/copenhagen+5](http://www.iisd.ca/wssd/copenhagen+5)  
*Le Courrier*, Artikel über den Sozialgipfel:  
[www.lecourrier.ch/dossiers.htm](http://www.lecourrier.ch/dossiers.htm)

## 4.3. AGENDA DER INTERNATIONALEN KONFERENZEN

*Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen ist, gewährt sie zahlreichen Sonderorganisationen der UNO<sup>13</sup> finanzielle Unterstützung. Dank ihrer finanziellen Mitwirkung ist die Schweiz Vollmitglied in verschiedenen Verwaltungsräten (IAA, WHO, UNDP/UNFPA). Ausserdem beteiligt sie sich als Beobachterin an den Sondertagungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen. In der unten stehenden Chronologie der Konferenzen werden die wesentlichen internationalen Veranstaltungen im Bereich der sozialen Entwicklung von November 1999 bis Dezember 2000, an denen sich die Schweiz beteiligt hat, angeführt.*

- 📖 **JSDW 1999**, System der Vereinten Nationen und Beteiligung der Schweiz, S. 244–246.
- 📖 **JSDW 2001**, 5.1. Aussenpolitik der Schweiz, Beitritt der Schweiz zur UNO.

### ❑ 30. Konferenz der FAO

Die dreissigste Konferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) wurde vom 12. bis zum 23. November 1999 in Rom abgehalten. Die höchste Instanz der FAO tagt alle zwei Jahre. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Fortschritte des beim Welternährungsgipfel von 1996 festgelegten Aktionsplans. Die Landwirtschaftsminister und -verantwortlichen der FAO-Mitgliedsstaaten bestätigten Jacques Diouf im Amt

13. Das finanzielle Engagement der Schweiz für die Sonderorgane der UNO wird im Kapitel 7, Punkt 7.7. des vorliegenden Jahrbuchs Schweiz – Dritte Welt dargestellt.

als Generaldirektor und billigten das Arbeitsprogramm sowie den Haushalt für die beiden folgenden Jahre. Der Haushalt für 2000 bis 2001 beträgt 650 Millionen Dollar (unverändert seit 1996/97). Angesichts der Beibehaltung des Budgets auf dem Stand der Vorjahre muss die FAO mit den auf rund 4 Millionen geschätzten Kostensteigerungen fertig werden.

Im Oktober 2000 veröffentlichte die FAO einen neuen Bericht mit dem Titel *The State of food insecurity in the world 2000*, welcher einen Überblick über die Mangelernährung weltweit vermittelt. Dem Bericht zufolge haben 826 Millionen Menschen nicht genug zu essen; 792 Millionen davon leben in den Entwicklungsländern, 34 Millionen in den Industrie- und in den Transitionsländern. In der 2000er-Ausgabe des Berichts wurde ein neues Instrument zur Bewertung des Ausmasses dieser Geissel eingeführt, womit sich das Nahrungsmitteldefizit in Kilokalorien/Person der unterernährten Bevölkerung pro Land messen und der Grad der Unterernährung pro Tag bestimmen lässt.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und das Bundesamt für Landwirtschaft haben eine Informationsbroschüre mit dem Titel «Für eine Welt ohne Hunger», veröffentlicht. Die Broschüre vermittelt einen Überblick darüber, was die Schweiz seit dem Welternährungsgipfel bereits geleistet hat und was noch zu tun bleibt, um den Hunger und seine Ursachen wirksam zu bekämpfen<sup>14</sup>.

☐ JSDW 1997, FAO – Welternährungsgipfel 1996, S. 90–95.

Site der FAO: [www.fao.org](http://www.fao.org)

Die Konferenzunterlagen können auf folgender Site eingesehen werden:

[www.fao.org/unfao/bodies/conf/C99/C99-htm](http://www.fao.org/unfao/bodies/conf/C99/C99-htm)

#### ☐ *Zweite Konferenz über das globale Wissen unter der Ägide des Weltbankinstituts*

Rund tausend Teilnehmer – im Wesentlichen Vertreter der Regierungskreise, der Privatunternehmer, der NRO sowie internationaler Entwicklungsorganisationen – versammelten sich vom 7. bis zum 10. März 2000 zur zweiten Konferenz über das globale Wissen, welche unter der Schirmherrschaft des Instituts der Weltbank in Kuala Lumpur (Malaysia) stand. Die Vertreter der Entwicklungs- und der Industrieländer setzten sich mit den Herausforderungen und den Chancen des Informationszeitalters für die armen Länder auseinander. Ausserdem verabschiedeten Vertreter der Mitgliedsorganisationen der Globalen Partnerschaft für das Wissen (Global Knowledge Partnership – GKP) im kleineren Kreis einen konkreten Aktionsplan für die nächsten zwei bis drei Jahre. Die DEZA ist Mitglied der GKP und unterstützt die Konferenz. Die GKP umfasst verschiedene öffentliche, private und Nichtregierungsorganisationen; sie verfolgt das Ziel, den Informations- und Wissensaustausch mit Blick auf eine nachhaltige und faire Entwicklung zu fördern.

Internet-Site der Konferenz über globales Wissen: [www.globalknowledge.org/](http://www.globalknowledge.org/)

#### ☐ *56. Tagung der Menschenrechtskommission*

Die 56. Tagung der Menschenrechtskommission fand vom 20. März bis zum 28. April 2000 in Genf statt. Bei der Menschenrechtskommission der UNO handelt es sich um das wichtigste Forum in der internationalen Politik, das sich mit Men-

14. Die Broschüre ist erhältlich beim: BWL, FAO-Sekretariat, 3003 Bern, oder bei der DEZA, 3003 Bern.



schenrechten auseinandersetzt, Verletzungen verurteilt und für die Einhaltung der Menschenrechte anmahnt. Unter den 87 auf dieser Tagung verabschiedeten Entschliessungen sind insbesondere folgende zu erwähnen: die Entschliessung über die Stärkung des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte, über das Recht auf Entwicklung, über das Recht auf freie Meinungsäusserung sowie über die Schaffung eines ständigen Gremiums für autochthone Völker.

Die Schweiz spielt in der Menschenrechtskommission eine aktive Rolle; sie hat bereits mehrere Mandate zur Sonderberichterstattung wahrgenommen und stellt ausserdem Sachverständige für Missionen in Länder mit Konfliktsituationen zur Verfügung. Die 56. Tagung verabschiedete eine Entschliessung über das Recht auf Ernährung mit dem Beschluss, für eine Dreijahresfrist einen Sonderbericht-erstatte zu ernennen, dessen Mandat die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Ernährung beinhaltet. Das Mandat wurde dem ehemaligen sozialdemokratischen Nationalrat Jean Ziegler erteilt.

Menschenrechts-Site der UNO: [www.un.org/hr/](http://www.un.org/hr/)  
Site der Menschenrechtskommission:  
[www.unhchr.ch/english/html/menu2/2/chr.htm](http://www.unhchr.ch/english/html/menu2/2/chr.htm)

#### ❑ *Zweites Forum der Globalen Allianz der Städte gegen die Armut*

Die Vertreter aus Kommunen aller Kontinente versammelten sich vom 3. bis zum 5. April 2000 zum Erfahrungsaustausch in der Bekämpfung der Armut in Genf. Vier Workshops des Forums befassten sich mit der urbanen Regierungsführung, mit innovativen Sozialprogrammen und mit der internationalen Zusammenarbeit der Kommunen und Städte in Notlagen. Das Forum wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und von der Stadt Genf ausgerichtet. Ausserdem erhielt die Veranstaltung Unterstützung von der DEZA.

Internet-Site: [www.wacap-forum.ch/](http://www.wacap-forum.ch/)

#### ❑ *UNESCO – Weltforum über Erziehung*

Zehn Jahre sind seit der Weltkonferenz über Erziehung für alle (Jomtien – Thailand, 1990) verstrichen, als 155 Länder sich verpflichteten, Erziehung für alle zu garantieren und das Analphabetentum zu verringern. Das Weltforum über Erziehung vom 26. bis 28. April 2000 in Dakar (Senegal) bot Gelegenheit, zu überprüfen, ob die Völkergemeinschaft sich dem Ziel der Erziehung für alle genähert hatte. Ausserdem wurden die Ergebnisse der in 180 Ländern durchgeführten Auswertung zu Erziehung für alle im Jahr 2000 erörtert. Ziel war, Aktionspläne für den grundlegenden Erziehungsbedarf des dritten Jahrtausends festzulegen (die nationalen Berichte sind am Site des Erziehungsforums einsehbar). Die Delegierten aus 181 Ländern, darunter der Schweiz, verabschiedeten einen Aktionsrahmen, der die Regierungen verpflichtet, eine Grundausbildung für alle, vor allem für Mädchen, zu vermitteln. Erziehung wurde klar als grundlegendes Menschenrecht und als Schlüssel für Entwicklung und nachhaltigen Frieden unter und in den Ländern anerkannt. Die Teilnehmerländer haben bis spätestens 2002 nach Konsultation ihrer Zivilgesellschaft einen globalen Erziehungsplan für alle zu erarbeiten.

Der *World Education Report 2000*, der fünfte in einer von der UNESCO zweijährlich veröffentlichten Berichtserie, erschien im April 2000. Thema des

Berichts ist das in der Universellen Menschenrechtserklärung von 1948 verkündete Recht auf Erziehung (Artikel 26).

Site der UNESCO: [www.unesco.org](http://www.unesco.org)

Der Site des Globalen Forums für Erziehung ist zu finden unter:  
[www2.unesco.org/wef/\\_index.htm](http://www2.unesco.org/wef/_index.htm)

#### ❑ *Folgeprozess des Städtegipfels*

Die erste Vorbereitungskonferenz im Folgeprozess des Städtegipfels (Habitat II) fand vom 8. bis zum 12. Mai 2000 in Nairobi am Sitz des Zentrums für Wohn- und Siedlungswesen (HABITAT) statt. Die Folgekonferenz soll im Juni 2001, fünf Jahre nach der Weltkonferenz von Istanbul, stattfinden. An der internationalen Vorbereitungskonferenz nahmen Beobachter und Vertreter der verschiedenen Mitgliedsstaaten der UNO teil. Zwei schweizerische Vertreter – vom Bundesamt für Wohnungswesen und von der DEZA – waren ebenfalls anwesend.

Site der Konferenz Habitat + 5: [www.istanbul5.org/](http://www.istanbul5.org/)

#### ❑ *Weltgesundheitsorganisation (WHO)*

Die 53. Weltgesundheitsversammlung fand vom 15. bis zum 20. Mai 2000 in Genf statt. Herausragendes Ereignis der Konferenz war die Annahme einer ausführlichen und umfassenden Erklärung über AIDS, welche dringlich an die Mitgliedsstaaten appelliert, den Zugang zur Therapie und Prophylaxe von mit AIDS verbundenen Krankheiten zu verbessern und für erschwingliche Medikamentenpreise zu sorgen. Zudem wurde eine Entschliessung über gesunde Nahrungsmittel – die erste seit vielen Jahren – verabschiedet, die auf die wachsenden Gesundheitsrisiken durch ernährungsbezogene Krankheiten hinweist. Die Delegierten betonten die Bedeutung der neuen Lebensmittelproduktionstechniken (Biotechnologie, Gentechnik) und forderten eine Zusammenarbeit zwischen der Nahrungsmittelindustrie und den Verbraucherverbänden.

Die WHO führte die erste weltweite Evaluierung der Gesundheitssysteme durch. Die Gesundheitssysteme der 191 Mitgliedsstaaten wurden anhand von fünf Performance-Indikatoren bewertet. Die Ergebnisse wurden im *2000 World Health Report: Health Systems: Improving Performance* veröffentlicht.

Die Schweiz ist für eine Dreijahresdauer von 1999–2002 Mitglied des Exekutivrates. Der Rat ist das Vollzugsorgan der Versammlung und führt deren Beschlüsse und Leitlinien aus. Ausserdem kann er Vorschläge unterbreiten, die Tagesordnung der Weltversammlung vorbereiten und ist ermächtigt, sämtliche Dringlichkeitsmassnahmen zu ergreifen. Der Exekutivrat setzt sich aus 32 Mitgliedern mit technischem Fachwissen im Gesundheitsbereich zusammen, welche alle von einem Mitgliedsstaat für eine Dreijahresdauer ernannt werden.

Site der Weltgesundheitsorganisation: [www.who.int](http://www.who.int)

#### ❑ *Internationale Arbeitsorganisation – Internationale Konferenz*

Die 88. Tagung der internationalen Arbeitskonferenz wurde vom 30. Mai bis zum 15. Juni 2000 in Genf abgehalten. Die Delegierten verabschiedeten ein neues Übereinkommen über den Mutterschutz, das auf alle beschäftigten Frauen – auch im informellen Sektor – anwendbar ist. Das Übereinkommen wurde mit 304 gegen 22 Stimmen angenommen. Der schweizerische Gewerkschaftsvertreter stimmte für das Übereinkommen, die Vertreter der Regierung und der Arbeitgeber enthielten sich der Stimme.



Die Konferenz verabschiedete des Weiteren eine Entschliessung mit dem Ziel, die Regierung von Myanmar (Burma) zu verpflichten, das Übereinkommen 29 über Zwangsarbeit durchzuführen. Laut der Entschliessung sollen ab dem 30. November 2000 verschiedene Massnahmen greifen, es sei denn, der Verwaltungsrat stellt fest, dass Vorkehrungen zur Beendigung besagter Praktiken getroffen wurden. Die Delegierten nahmen die Diskussion eines neuen Übereinkommens über Arbeitsschutz in der Landwirtschaft in Angriff und befassten sich mit der Erneuerung des Arbeitsrechtes: Sie stimmten für die Aufhebung von fünf Übereinkommen aus den 30er-Jahren, die mangels Ratifizierungen nie in Kraft getreten waren. Schliesslich verabschiedete die Konferenz eine Entschliessung über HIV/AIDS, in der sie die Regierungen der Mitgliedsstaaten sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen auffordert, die Kapazitäten der Sozialpartner zur Bekämpfung der Pandemie auszubauen.

Die Konferenz nahm zahlreiche Veröffentlichungen der IAO zur Kenntnis, darunter ein Dokument mit dem Titel «*Your Voice at Work*». Es handelt sich um den ersten Globalbericht, der gemäss der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit veröffentlicht wurde. Er untersucht, wie die Vereinigungsfreiheit und das Tarifverhandlungsrecht weltweit umgesetzt werden. Der Direktor der Arbeitsorganisation stellte seinen Bericht mit dem Titel «*Activities of the ILO, 1998 – 99*» vor, welcher die Tätigkeiten der IAO in drei Schwerpunktbereichen zusammenfasst: Unterstützung der Demokratie und der grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer, Beschäftigungsförderung und Armutsbekämpfung sowie Schutz der Arbeitnehmer.

Beim Verwaltungsrat handelt es sich um das Exekutivorgan des internationalen Arbeitsamtes. Er tagt dreimal jährlich und fasst Beschlüsse zur Politik des IAA, legt die Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz fest, verabschiedet Programm und Haushalt der Organisation und wählt den Generaldirektor. Die Schweiz gehört in der Zeitspanne 1999 – 2002 zu den 56 Verwaltungsratsmitgliedern und hatte von Juni 1999 bis Juni 2000 den Vorsitz inne.

Site der Internationalen Arbeitsorganisation: [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

Site über die 88. Internationale Arbeitskonferenz:

[www.oit.org/public/english/standards/relm/ilc/](http://www.oit.org/public/english/standards/relm/ilc/)

#### □ Jahreskonferenz von UNDP und UNFPA

Die Jahreskonferenz des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) wurde vom 13. bis zum 23. Juni 2000 in Genf ausgerichtet. Die Schweiz unterstützt die Tätigkeiten des UNDP mit erheblichen Jahresbeiträgen (52 Millionen Franken 1999) und einer aktiven Beteiligung im UNPD/UNFPA-Verwaltungsrat im Zeitraum 1999–2000.

Themen des Berichts über die menschliche Entwicklung 2000 sind die Menschenrechte und die menschliche Entwicklung. Dem Bericht zufolge fördern und bedingen Entwicklung und Menschenrechte einander gegenseitig. Ausserdem zeigt der Bericht auf, dass die Menschenrechte zwei wesentliche Grundsätze – soziale Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht – in die menschliche Entwicklung einbringen.

■ JSDW 1998, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, S. 220–225, und Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, S. 225–229.

### □ 13er Weltkongress über AIDS, Durban

Zum ersten Mal wurde der Weltkongress über AIDS, der zum 13. Mal zusammentrat, auf dem afrikanischen Kontinent abgehalten, wo die HIV-Infektionsrate bei Erwachsenen in mehreren Ländern 25% überschreitet. Die Konferenz fand vom 9. bis zum 14. Juli 2000 in Durban (Südafrika) statt. Gesprächsschwerpunkt der AIDS-Konferenz 2000 war die Diskriminierung der Kranken bei der Arbeit, in der Gesellschaft und sogar in der Familie. Unter dem Titel «Das Schweigen brechen» wurde in der Diskussion hauptsächlich gefordert, Vorurteile und andere Hindernisse, welche effiziente Massnahmen untergraben, abzubauen.

Am Rand der Konferenz veröffentlichte UNAIDS einen globalen Bericht über die Epidemie, worin steht, dass das Afrika südlich der Sahara die von AIDS am stärksten betroffene Region darstellt und dass auf dem afrikanischen Kontinent zehn Mal mehr Menschen an der Krankheit als im Krieg sterben (UNAIDS, Rapport sur l'épidémie mondiale VIH/SIDA, Juni 2000).

Site von UNAIDS: [www.unaids.org](http://www.unaids.org)

### □ Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen

Auf Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, beteiligten sich 150 Staats- und Regierungschefs am Millenniumsgipfel am UNO-Sitz in New York vom 6. bis zum 8. September 2000. Das Treffen – die grösste je durchgeführte Versammlung von politischen Führern – sollte vor allem die politische Unterstützung für den von Kofi Annan lancierten Reformprozess der Vereinten Nationen gewinnen. Zahlreiche Staatsoberhäupter ergriffen am offiziellen Rednerpodium der Vereinten Nationen das Wort. Mit Adolf Ogi hielt zum ersten Mal ein Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft eine Rede vor der Generalversammlung; Adolf Ogi betonte, dass die Schweiz ihre Beziehungen mit der Organisation vertiefen möchte und dass das Schweizervolk 2002 über den Beitritt abstimmen werde.

Die Mitgliedsstaaten nahmen den Millenniumsbericht des UN-Generalsekretärs (*We the peoples, The role of the United Nations in the 21<sup>st</sup> Century*), in welchem die Reformvorschläge präsentiert werden, zur Kenntnis. Der Gipfel endete mit der Annahme einer politischen Erklärung zum Engagement der Mitgliedsstaaten, die Ziele in den Bereichen Entwicklung, Armutsbekämpfung, Unwissen, Krankheit und Gewalt und Umweltzerstörung weiter zu verfolgen. Hauptinhalt der Millenniumserklärung sind die wesentlichen Reformschwerpunkte der UNO:

- Zu Frieden, Sicherheit und Abrüstung nehmen die Staaten den Bericht der Studiengruppe über die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen (Bericht Brahimi) zur Kenntnis, der weit reichende Reformen vorschlägt und die Generalversammlung verpflichtet, die einschlägigen Empfehlungen umgehend zu prüfen.
- Die Staats- und Regierungschefs fordern sämtliche Mitgliedsstaaten auf, die Römer Satzung des Internationalen Strafgerichtshofes zu unterzeichnen und zu ratifizieren.
- Schliesslich bekräftigt die politische Erklärung die zentrale Rolle der Generalversammlung als wichtigstes beschlussfassendes und repräsentatives

Organ der UNO; die Reformbemühungen für die Sicherheitsratsverfahren sollen vorangetrieben werden.

Der Millenniumsgipfel bot ausserdem Gelegenheit, der Aufforderung des Generalsekretärs nachzukommen und die von ihm verwahrten multilateralen Verträge zu unterzeichnen, zu ratifizieren bzw. ihnen beizutreten. Gut 85 Staaten leisteten dem Appell Folge, und es wurden über 300 Abkommen unterzeichnet. Rund fünfzig Staaten, darunter die Schweiz, unterzeichneten zwei Fakultativprotokolle zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes: Das erste behandelt die Rolle der Kinder in bewaffneten Konflikten (Kindersoldaten), das zweite Kinderhandel, Kinderprostitution und Pornographie mit Kindern. Die Schweiz hinterlegte ausserdem ihre Beitrittsurkunde zum Abkommen über Vorbeugung und Verfolgung des Genozidverbrechens.

Offizielle Site des Millenniumsgipfels: [www.un.org/english/millennium](http://www.un.org/english/millennium)

#### □ Öffentliche Anhörung zum WHO-Rahmenabkommen über die Tabakbekämpfung

Die Weltversammlung der WHO forderte im Mai 1996 den Generaldirektor in einer Entschliessung auf, ein Rahmenabkommen über die Tabakbekämpfung auszuarbeiten. Die neue Direktorin Gro Brundtland definierte bei ihrem Amtsantritt im Juli 1998 den Kampf gegen die Tabaksucht als Priorität. Zum ersten Mal arbeitet die WHO eine Konvention über die öffentliche Gesundheit aus. Die offiziellen Verhandlungen begannen am 12. und 13. Oktober 2000 in Genf. Die 191 Mitgliedsstaaten sprachen sich über eine vielseitige Themenpalette aus: Schmuggel, Werbung, Besteuerung, Regelung der Tabakprodukte und Diversifizierung der Kulturen.

Site der öffentlichen Anhörung: [www.who.int/genevahearings/](http://www.who.int/genevahearings/)

#### QUELLEN

*Bericht des Bundesrates über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Organisation der Vereinten Nationen (UNO)* vom 1. Juli 1998. Botschaft 98.051.

Vereinte Nationen, *The World Conferences: Developing Priorities for the 21<sup>st</sup> Century*, Informationsabteilung der Vereinten Nationen, 1997.

Informationsabteilung der Vereinten Nationen, *Basic Facts about the United Nations*, Vereinte Nationen, New York, 1998.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, *Agenda*, 2000.

Internet-Sites der Organisationen.